

Von Stadt und Land.

Kiel, 14. September 1924.

Die Gemeindeordnung zunächst gefordert. In der Dienstag-Sitzung des Landtags-Sonderausschusses für die Vorlage Nr. 118 über die Gemeindeordnung erklärte Minister des Innern Bipinski, daß die Regierung befürte, daß die Vorlage über die neue Gemeindeordnung unter den gegenwärtigen Verhältnissen vom Landtag nicht verabschiedet werden könne, denn eine sachliche Weiterberatung sei noch Überzeugung der Regierung bei der gegenwärtigen politischen Zusammensetzung unmöglich. Die Regierung werde aber die bisher vom Ausschuß gefassten Beschlüsse, soweit sie für sie tragbar und mit der Tendenz der Vorlage vereinbar seien, sowie deren logischen Aufbau nicht gefährden, in die Vorlage hineinarbeiten, damit sie so dem neuen Landtag vorliegen können. Der Ausschuss war einhellig der gleichen Meinung, daß eine sachliche Weiterberatung vor der Ablaufung des Landtages entscheidenden Vlenerstung am Donnerstag keinen Zweck habe, und vertagte die sofort.

Die Kirchengemeindevertretung von St. Nikolai hielt am vergangenen Dienstag eine Sitzung ab. Neben den mancherlei Angelegenheiten, deren Erledigung sie beschäftigte, mußte sie infolge der Gehaltsverhöhung wiederum eine Erhöhung verschiedener Bezüge vornehmen. Das veranlaßte naturgemäß auch eine Erhöhung der kirchlichen Gebühren. Während jedoch die Presse gegen die Zeit vor dem Kriege im allgemeinen um das 180fache gestiegen sind, wurde die Erhöhung der kirchlichen Gebühren nur um das 40fache gegen die Friedenszeit vorgenommen. Am Treppenhaus des geistlichen Gebäudes von St. Nikolai können die neuen Gebühren eingesehen werden. Weiter wurde beschlossen, daß die Pfarramtsskanzlei an den Nachmittagen für das Publikum nur von 5-6 Uhr, Sonnabend von 2-3 Uhr geöffnet ist. Die Kirchengemeindevertretung ist damit mit der seit längerem bestehenden Ordnung im Stadthaus gefolgt und mußte bei der sich häufenden Konkurrenz den Beamten einige Stunden zu ungestörter Arbeit verschaffen.

Zur Geldknappheit. Während der Geldknappheit werden alle Käufer Geschäftsinhaber dringend gebeten, bis von der Industrie auf ihre Bankverbindungen oder die Girokasse ausgestellten Scheine und Plakanzleisungen genau wie das Papiergebeld anzunehmen. Kaufst. 3. für 100 Mark Waren und gibt einen Schein (nur zur Bezahlung) über 100 Mark in Zahlung, so werden dem Käufer 100 Mark zurückzugeben. Die Geschäftsinhaber reichen die gewissermaßen als Notgeld erhaltenen Verrechnungsscheine bei ihrer Bankverbindung oder bei der Gemeinde-Giro-Kasse zur Entschrift ein. Wer kein Bank- oder Gemeinde-Giro-Konto sondern nur ein Postcheckkonto besitzt, reiche die eingenommenen Scheine bei der Bank ein, auf die sie ausgestellt sind und beantrage die Überweisung des Betrags auf sein Postcheckkonto. Wer überhaupt kein Konto besitzt — auch der kleinste Ladeninhaber oder Geschäftsmann müßte mindestens ein Gemeinde-Giro-Konto besitzen — gibt die Verrechnungsscheine der Großhandlung in Zahlung, von der er seine Waren bezogt. Die Ausgabe von Scheinen ist nur vorbehoben, damit jeder Arbeiter oder Angestellte die Möglichkeit hat, Lebensmittel und andere bringende Waren einzukaufen. Die Geschäftsinhaber werden aber gebeten, auf keinen Fall die Verrechnungsscheine aus Gefälligkeit in Bargeld umtauschen. — Nach Mitteilung des Finanzministeriums darf erwartet werden, daß der vorbergehende Mangel an Papiergebeld in kürzer Zeit behoben sein wird.

Sonderalge zum Stenographentag in Jöhanngeorgenstadt. Am 1. Oktober verfehlten wegen der in Jöhanngeorgenstadt stattfindenden Jahreshauptversammlung des Stenographen-Verbandes nachstehende Verwaltungs-Sonderzüge mit 8. und C. Klasse:

1. ab Schwarzenberg 7,20 vorm., an Jöhanngeorgenstadt 8,16 vorm.
2. ab Jöhanngeorgenstadt 7,40 nachm., an Schwarzenberg 8,14 nachm., ab Schwarzenberg 8,16 nachm., an Rue 8,37 nachm.

Beide Züge halten auf den Zwischenstationen nicht und können auf gewöhnliche Fahrkarten benutzt werden. Der Zug

zimmer anwesend, sondern ein jüngerer, ihn vertreten, der Beamter.

Er war augenscheinlich von ihrem Besuch unterrichtet worden, bat sie, Platz zu nehmen, und telefonierte nach dem Baron. Bald darauf kam dieser mit seinem Begleiter. Er schien heute aufgeregter und nervös; sie sah, daß er sie mit Ungebärd erwartet hatte.

Um nächsten Augenblick — Claire wußte kaum, wie es geschehen — sah sie ihren Vater schwanken und gleich darauf in der ganzen Schwere zu Boden stürzen. Schreckend, wie bewußtlos lag er da.

Der Kutscher, der am Fenster gestanden, fuhr erschrocken herum; dann stieg er auf einen Wink des Königs hinaus, Hilfe zu holen.

Claire war erblöst an seiner Seite hingekniet. Der junge Richter hatte sich ebenfalls erhoben und neigte sich über den Absthenden.

„Er scheint einen Herzkrampf zu haben!“ bemerkte er seineswegs.

Und er trat vor die Tür, noch einen Befehl hervorzuholen.

„Ta läßt sie Claire einen Brief in Ihre Hand drücken.“

„Bereite ihn,“ flüsterte der Baron Völker, „er wird sofort wieder hereinkommen.“

Gang verirrt gehörte Claire.

„So ist's gut; ich danke dir. Und du vergißt mir, Claire, du vergißt mir. Sag, daß du mir vergißt!“ brüllte er leidenschaftlicher, da sie schwieg.

„Ich will's versuchen — ich tu's, Papa!“

„Danke, Danke!“ sagte er, mit ungestümem Herzhochsetz; Ihre Hand drückend.

On diesem Moment erschien der Beamte wieder, hinsichtlich ihm außer dem Wärter noch der Arzt.

„Schlaganfall wahrscheinlich,“ meinte der. „Er war gestern schon sehr unwohl.“

Er öffnete ihm den Halskragen, ließ ihn ein schwaches Medikament einatmen und mäßigte sich, den schweren Körper mit Unterstützung des Kussbades aufzurichten. Die Sprachzeit wurde abgebrochen und den Kranken, von beiden Wäldern gestützt, aus dem Zimmer gebracht. Er schien jetzt wieder völlig bei Besinnung; denn als er aus der Tür schritt, wandte er sich noch einmal um.

(Fortsetzung folgt.)

unter 2. hat in Kiel (Württ.) Einschluß an den dort 8,48 nachm. abfahrenden Personenzug nach Überlingen (Württ.)

Reise voraussetzt dem Metzgerzug einen Ruf zu erhalten.

Wahlloses Gestranden.

Berlin, 14. September. Auf dem Vortag des Sozialen Zentrums blieb der frühere Reichstagsabgeordnete Dr. Brandt eine Stunde, in der er ein zügiges Wissen zur Republik ablegte und das Gelehrte zum Schutz der Republik vertrieb. In diesem Zusammenhang wandte er sich gegen die Politik Bayerns. Über die Arbeitsgemeinschaft mit den Demokraten und der deutschen Volkspartei sprach er mit grundlegenden Ausführungen aus, er habe in dieser Verbindung keine Frontstellung gegen die Sozialdemokratie.

Der Kampf um den Achtfundertstag in Freiburg.

Paris, 14. September. Wie Liberte aus Le Havre meldet, haben die dortigen Seesleute Montag abend eine Entschließung angenommen, in der sie sich gegen eine Änderung des Achtfundertstages in der Handelsmarine wenden und erklären, sie seien zu dem von den Seesleuten angeführten 23stündigen Streik bereit. Infolge dieses Beschlusses haben gestern vormittag die Deutschen Dampfers La France beschlossen, schon gestern in den 23stündigen Streik einzutreten. Daher kann die Abfahrt des Überseedampfers La France, der morgen vormittag mit ungefähr 1850 Passagieren nach Amerika abgehen sollte, nicht erfolgen.

Berlin, 14. September. Der Grubenarbeiter-Longreich in Angers hat eine Entschließung angenommen, in der erklärt wird, wenn die eine oder die andere Kammer einen Beschluß fassen sollte, der den Zweck hätte, das Gesetz über den Achtfunderttag in seinen Grundprinzipien abzuändern, so würden die Grubenarbeiter einen solchen Beschluß mit der sofortigen allgemeinen Einstellung jeder Arbeit in den Gruben beantworten.

Der türkisch-griechische Krieg.

London, 14. September. Blättermeldungen zufolge wird in Athen von zuverlässiger Seite mitgeteilt, die Regierungen von Jugoslawien und Rumänien hätten die Absicht ausgesprochen, Griechenland im Falle eines Balkankrieges zur Seite zu stehen. Serbien mobilisierte und konzentrierte Truppen in der Gegend von Thessaloniki.

Smyrna, 14. September. Der Teil der griechischen Armee, der auf der Halbinsel Athos noch Widerstand zu leisten versucht, hat sich der türkischen Armee ergeben. Das Gros der türkischen Armee ist mit Mustapha Kemal Pascha an der Spitze in Smyrna eingerückt.

Konstantinopel, 14. September. In unterrichteten nationalsozialistischen Kreisen ist man der Ansicht, daß der Vertrag von Sevres nicht als Grundlage einer Konferenz über die allgemeine Regelung der orientalischen Fragen zwischen Europa und der Türkei dienen könne, da diese den Vertrag nicht angenommen habe und ihn nicht anerkenne. Der Vertrag von Sevres müsse vollständig aus dem Programm der Konferenz ausgeschlossen werden.

Paris, 14. Sept. Nach einer Meldung des Intransigeant aus Konstantinopel verfügen die Griechen in Kleinasien noch über ungefähr 40000 Mann, die mehr oder minder disorganisiert seien und keine Artillerie und Munition hätten.

Angors, 14. September. Eine amtliche Bekanntmachung teilt mit, daß die türkische Regierung am 8. September in Edirne wiedereingesetzt worden ist.

Paris, 14. September. Wie dem Temps aus Athen gemeldet wird, dauert die Räumung Kleinasiens durch die Griechen fort. Bis jetzt sind 28000 Mann und 6000 Verwundete in die Helmat zurückgekehrt. In amtlichen Kreisen in Athen stellt man in Abrede, daß es bei der Armee in Thraxien zu Weitertreien gekommen sei und daß sich in der Marine Unruhen zeigten.

London, 14. September. Das Reuterbüro erhält von maßgebender französischer Seite, daß der Zweck des Besuches des französischen Gesandtschafters im Foreign Office sei nicht der gewesen eine formale Note zu überreichen, die zweifellos dem Botschafter Lord Hardings in Paris übergeben werden wird, sondern nur eine mündliche Mitteilung, die französische Haltung gegenüber der türkischen Lage genau zu umschreiben und gewisse Punkte klarzulegen, die zu Presseerklärungen geführt haben. Die britische Regierung wurde informiert, daß Frankreich in der Frage der Meereingen mit ihr übereinstimme. Jetzt, wo dieser Grundfaß geregelt worden ist, müssen Erklärungen bezüglich der Einzelheiten stattfinden, damit die Alliierten eine vereinte Front bilden können, wenn sie an die Türken herantreten. Nach französischer Ansicht ist der einzige Weg, um eine Regelung mit der Türkei zu ergreifen, der, ihre rechtmäßige Anerkennung anzuerkennen. Damit ist gemeint, daß man nicht erwarten könne, Frieden mit der Türkei zu schließen auf genau denselben Grundlage, als wenn dies Land von den Griechen besiegt worden wäre und nicht selbst besiegt hätte. Die Tatsache der türkischen Erfolge müsse in Rechnung gezogen werden. Dies ist nach französischer Ansicht vollkommen sicher. Genaue Angaben über die französische Antwort an Großbritannien, die dem britischen Botschafter in Paris überreicht werden wird, liegen noch nicht vor. Es muß aber als sicher angenommen werden, daß sie in ihren Hauptpunkten die mündlich abgegebenen Erklärungen enthalten wird.

Europäisch-chinesische Konferenz.

London, 14. September. Wie das Reuterbüro aus Berlin meldet, soll, wenn auch noch keine Einzelheiten festgestellt seien, eine grundsätzliche Vereinbarung erzielt worden sein, nach der eine russisch-chinesische Konferenz in Peking zur Regelung der ausstehenden Fragen zusammengetreten soll.

Alte Drahtnachrichten.

Berlin, 14. September. Vorwärts und Freiheit veröffentlichen die Einberufung des gemeinsamen Parteitages zum 24. September, vorbehaltlich der Zustimmung der Parteitage von Augsburg und Görlitz.

Augsburg, 14. September. Der Senat hat der Bürgerschaft einen Antrag auf Bewilligung von 280 Millionen Mark zur Durchführung von Fürsorgemaßnahmen tatsächlich der Zeitung unterbreitet.

Letzte Drahtnachrichten.

Herrlot in Berlin.

Berlin, 14. September. Der fröhliche französische Minister und seines Bürgermeister von Lyon Herrlot traf gestern nachmittag auf der Durchreise nach Südbaden in Berlin ein und wurde auf dem Bahnhof von den in Berlin weilenden Mitgliedern der zuständigen Regierung empfangen. Sie begrüßten, wie es